

Bildung neu denken

Fragebogen/Ziele zur Kommunalwahl 2009

Antworten von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

1. Nennen Sie drei konkrete Ziele zur Förderung von Kindern und Jugendlichen im schulischen und freizeitleichen Bereich.

- *Länger gemeinsam lernen von Klasse 1 bis 10 in einer Modellschule nach skandinavischem Vorbild*
- *Ausbau der Ganztagschulen, Schule als **Lern- und Lebensort** gestalten: Musik, Bewegung, Lernen, Sport, Spiel, Theater in einem rhythmisierten Schulalltag.*
- *Sprachförderung und kulturelle Bildung schon im Kindergarten, so früh wie möglich für **alle** Kinder - ob mit oder ohne Zuwanderungsgeschichte.*

2. Wie wollen Sie ein flexibles, vielfältiges und qualitatives Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder aller Altersstufen gestalten und sicherstellen?

- *Unsere Initiative „Neue Wege in der Kinderbetreuung“ im Jahre 2005 hat bewirkt, dass z.B. die Kita „Piratenbucht“ in der Bölckestraße werktags bis 20.30 Uhr und samstags bis 16 Uhr geöffnet ist. Solche Angebote wollen wir weiter ausbauen.*
- *Städtische Kitas arbeiten nach dem „Infans-Konzept“, das Bildungsprozesse jedes einzelnen Kindes sorgfältig beobachtet und in einem Portfolio dokumentiert. Bildung, Erziehung und Betreuung sind bei „Infans“ klar definiert und Grundlage für die pädagogische Arbeit. Diese hohen Qualitätsstandards sollen für alle 120 Freiburger Kindertageseinrichtungen gelten.*
- *Wir brauchen mehr Ganztagsangebote im Grundschulbereich, damit alle Kinder die gleichen Startchancen haben. Und berufstätige Eltern, vor allem Alleinerziehende mit Schulkindern, können so Familie und Beruf unter einen Hut bringen.*
- *Die neuen Freiburger Kindergartenrichtlinien schreiben klare Qualitätsstandards fest und ermöglichen zusätzliche Leistungen, wie z.B. Sprachförderung. Kitaleiterinnen werden für ihre Aufgaben freigestellt, die Personalkostenzuschüsse richten sich nach den Hauptbetreuungszeiten und den tatsächlichen Öffnungszeiten. So wird flexibel auf die Bedürfnisse der Eltern reagiert und die Eltern bezahlen nur das, was sie gebucht haben.*

3. Welche Schritte werden Sie vor Ort einleiten, damit sich die Vereinbarkeit von Familienleben und Erwerbstätigkeit verbessert?

Wir sind seit Jahren dabei, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern: die Krippenplätze wurden verdoppelt und werden noch weiter ausgebaut; die Ganztagschulen wurden von 2 (im Jahre 2004) auf 11 (2009) ausgebaut. Im nächsten Jahr kommen noch zwei weitere Ganztagschulen hinzu, dann sind es 13, aber das reicht uns noch lange nicht. Denn der Übergang von

einem (Ganztags-)Kindergarten in die (Halbtags-)Grundschule gestaltet sich für viele Eltern problematisch, und die von der Stadt angebotene Kernzeitbetreuung reicht oft nicht aus. Deshalb: Mehr Ganztagsgrundschulen.

4. Wie viele Kinder sollen Ihrer Meinung nach in einer Schulklasse betreut werden?

Der Klassenteiler von 31 bzw. 33 Kindern ist zu hoch, auch wenn es inzwischen Bestrebungen der Landesregierung gibt, ihn auf 28 zu senken. Wann das geschehen soll, steht allerdings noch in den Sternen. Wir fänden einen Klassenteiler von 25 Kindern pro Klasse pädagogisch sinnvoll.

5. Die Qualität in den Kindertageseinrichtungen und Schulen hängt maßgeblich von der Personalausstattung ab - wie viele und welche Fachkräfte sollen für eine Gruppe/Klasse/Schule zuständig sein?

Das skandinavische Vorbild zeigt, dass in einer Klasse mehrere Lehrerinnen und Lehrer tätig sind, um jedes Kind nach seinem individuellen Bedarf zu fördern. Auch SchulsozialarbeiterInnen und SchulpsychologInnen können hinzugezogen werden. Sitzenbleiben oder Abschieben in eine andere Schulform gibt es nicht, alle Kinder werden so gefördert, dass sie das Klassenziel erreichen können. „Kein Kind darf verloren gehen“ ist der Slogan des Pisa-Siegers Finnland. Genau das wollen wir Grüne auch.

6. Halten Sie die gesetzliche Verankerung von Richtlinien für die personelle Besetzung, Gruppengröße sowie eines entsprechenden Qualitätssystems für notwendig?

- *Ja, siehe oben die Ausführungen zu den neuen Freiburger Kindergartenrichtlinien*

7. Sind Sie bereit, sich für die Erhöhung des Stellenschlüssels der pädagogischen Fachkräfte einzusetzen?

- *Ja, das tun wir bereits.*

8. Welche Möglichkeiten sehen Sie, Jugendlichen ein Angebot zu bieten, welches ihre Persönlichkeit fördert?

- *Unser besonderes Augenmerk muss sich auf benachteiligte Kinder und Jugendliche richten. Deshalb hat die Stadt Freiburg zusammen mit der Arbeitsagentur das Programm „Erfolgreich in Ausbildung“ gestartet. Alle Schülerinnen und Schüler der 8. und 9. Hauptschulklassen in Freiburg nehmen daran teil und werden in der Entwicklung ihrer Persönlichkeit (Talente, soziale Kompetenz, Selbstbewusstsein) gefördert. Der Anteil der Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, ist jetzt schon von 12 auf 4% gesunken. Dieses Programm muss auch die nächsten Jahre weiter laufen.*

- *Kulturelle Bildung: Kreativität, Fantasie und kommunikative Fähigkeiten sind zu Schlüsselkompetenzen geworden und eng an die Beschäftigung mit Musik, Kunst, Literatur und Spiel gebunden. Weil aber seichte Massenunterhaltung mit hochwertigen Kulturangeboten konkurriert, müssen **alle** Kinder und Jugendlichen Gelegenheit bekommen, künstlerische Erfahrungen zu machen – egal, aus welcher Familie sie kommen, auf welche Schule sie gehen, in welchem Stadtteil sie leben.*

9. Wie wollen Sie die Jugendförderung weiterentwickeln?

Zum Beispiel, indem wir Ganztagschulen als Lern- und Lebensorte gestalten und sie zum Stadtteil hin öffnen. Ein „Haus des Lernens“ bietet Vieles von dem, was Jugendliche brauchen: Spiel, Sport, Lernen, Musik, Bewegung – und das zusammen mit Freundinnen und Freunden.

10. Was will Ihre Partei tun, um allen behinderten und nicht behinderten Kindern endlich gemäß dem internationalen Standard den gemeinsamen Unterricht in einer gemeinsamen Regelschule für Alle zu ermöglichen? Die UNESCO-Erklärung von Salamanca und aktuell die UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen verpflichten die Regierungen zum Umbau ihrer Schulsysteme, um einen gemeinsamen (inklusiven) Unterricht Aller zu gewährleisten.

Die Haltung der Grünen ist klar: Inklusion ist Menschenrecht – kein Gnadenakt. Inklusion muss im Schulgesetz verankert werden! Deshalb hat die Grüne Landtagsfraktion am 11. Mai 2009 einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem die UN-Konvention in Baden-Württemberg umgesetzt werden soll.

11. Ein gegliedertes Schulsystem steht also im Widerspruch zu den Ansprüchen, die ein inklusives Schulsystem stellt. Wie wird Ihre Partei auf diese Herausforderung an die Bildungspolitik der deutschen Länder reagieren?

Die Grünen stehen voll hinter dem Grundprinzip der Inklusion: Kein Kind darf vom gemeinsamen Unterricht ausgeschlossen werden. Der Anspruch auf Inklusion besteht uneingeschränkt und darf nicht von der Art und Schwere der Behinderung abhängig gemacht werden. Grüne Leitlinie ist: Nicht das Kind muss integrationsfähig sein, sondern die Schule muss integrationsfähig ausgestaltet sein. Wir wollen eine Veränderung des Systems Schule.

12. Wie steht Ihre Partei zu der Forderung, die UNESCO-Erklärung von Salamanca und UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen in Landesrecht zu übernehmen?

Der Gesetzentwurf der Grünen Landtagsfraktion soll genau dies bewirken.

13. Was tut Ihre Partei für die wirksame Verbesserung bei der Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderungen in der freien Wirtschaft sowie bei den öffentlichen Arbeitgebern?

Alle Menschen sollen dort arbeiten können, wo sie möchten. Für Menschen mit Behinderungen gibt es z.B. Lohnkostenzuschüsse, Hilfsmittel zur barrierefreien Gestaltung des Arbeitsplatzes oder helfende Assistenten. Die derzeitige Situation am Arbeitsmarkt ist allerdings für Menschen mit Behinderungen äußerst unbefriedigend. Neben Vorurteilen, die vielerorts bestehen, stellt die sogenannte institutionelle Förderung ein wesentliches Hindernis bei der selbstbestimmten Teilhabe am Arbeitsleben dar. Die Grünen wollen stattdessen, dass individuell und dauerhaft gefördert wird. Jede/r soll selbst entscheiden können in welcher Form sie/er am Arbeitsleben teilhaben möchte. Dies kann eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, in einem Integrationsbetrieb oder im geschützten Arbeitsmarkt sein. Um eine solche individuelle Förderung möglich zu machen, haben wir einen detaillierten Antrag in den Bundestag eingebracht (Bundestagsdrucksache 16/11207)

14. Unterstützt Ihre Partei einen integrativen/inkluisiven Unterricht bis zur 10. Klasse, wie er z.B. an der Staudinger Gesamtschule angestrebt wird?

Selbstverständlich! Unser Ziel ist es, in Freiburg eine integrative Modellschule nach skandinavischem Vorbild aufzubauen und so die Entwicklung zu einer Schule der Zukunft voranzubringen. Vielleicht könnten wir uns mit der Staudinger Gesamtschule zusammentun...

15. Wird Ihre Partei die Anne-Frank-Grundschule dabei unterstützen, wieder inklusiv unterrichtete Klassen anzubieten?

In einem gemeinsamen Abgeordnetenbrief vom 23. April 2009 fordern die beiden grünen Landtagsabgeordneten Edith Sitzmann und Renate Rastätter vom CDU-Kultusminister, das seit acht Jahren erfolgreiche integrative Schulentwicklungsprojekt ISEP an der Anne-Frank-Schule weiter zu genehmigen. Auch die Freiburger Gemeinderatsfraktion der Grünen unterstützt die Anne-Frank-Schule. Es ist der Schule in den vergangenen Jahren auf eindrucksvolle Weise gelungen, der Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden. ISEP ist ein Gewinn für die Schulgemeinschaft und die Freiburger Schullandschaft.